

Trend hin zu einer Fixierung auf das US-amerikanische Recht entgegenstellte. Die deutsch-japanische Rechtsvergleichung auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts wird durch sie um einen wertvollen Beitrag bereichert.

Tobias Kamerling

**DAN TIDTEN, *Inter Pares.*
*Gleichheitsorientierte Politiken in Japan***

Monographien herausgegeben vom Deutschen Institut für Japanstudien Band 50,
iudicium, München, 2012, 190 Seiten. € 28,00; ISBN: 978-3862050383

Gleichheit und Gleichstellungsrecht waren bislang kaum Thema in der deutschen Literatur zum japanischen Recht. Dan Tidten hat sich in seiner Regensburger Dissertation dieses Themenkomplexes angenommen und stellt damit den Anschluss der rechtswissenschaftlichen Japanforschung an hochaktuelle und wichtige Diskussionen um den Umgang mit Diversität und Diskriminierung her.

Der Zugriff, den Tidten wählt, ist ungewöhnlich, doch durchaus vielversprechend. Während üblicherweise „Gleichheit“ und damit auch die Frage, was „Gleichstellung“ bedeutet entlang unterschiedlicher philosophischer und theoretischer Konzepte diskutiert wird, nimmt sich Tidten der Frage von der praktischen Seite her an: Auf gut 150 Seiten (die englische Zusammenfassung nicht eingerechnet) verschafft er den Leser/innen zunächst einen systematisierten Überblick über die unterschiedlichen in Japan existierenden Gleichstellungsinstrumente. Auf dieser Grundlage will er sich der Frage annähern, die den Ausgangspunkt seiner Arbeit darstellt: „Muß ‚Gleichheit‘, bei der schon im deutschsprachigen Diskurs oft nicht klar ist, welche ihrer Spielarten gemeint ist, [...] nicht in einer so andersartigen Umgebung auch anders aufgefaßt werden?“ (S. 13) Der induktive Zugriff ermöglicht es, der so oft diskutierten Frage des „Japanischen im japanischen Recht“ (Menkhaus) nachzugehen, ohne in die Essentialismusfalle zu tappen.

Tidten befasst sich mit Gleichstellungsinstrumenten oder auch gleichheitsorientierten Politiken in einer beeindruckenden Breite. Klassische Diskriminierungsfelder wie Geschlechterdiskriminierung, Diskriminierung von Ausländern, Behinderten, *Burakumin* und nichtehelichen Kindern sind ebenso Gegenstand der Arbeit wie der soziale Ausgleich in Regelungsbereichen wie dem Steuer- und dem Sozialversicherungsrecht. Die Leistung der Arbeit liegt darin, einen konzisen Überblick über die Gleichstellungsinstrumente in den verschiedenen Feldern zu geben, diese zugleich aber auch zu systematisieren. Erklärte Hoffnung des Verfassers ist es, die Gleichstellungspolitik Japans hierdurch einem länderübergreifenden Vergleich zugänglich zu machen (S. 24, 155).

Die Systematisierung erfolgt über das von Alexander Graser entwickelte Modell der Equality-Orientated Policies (EOP). Nach diesem Modell werden Gleichstellungsinstrumente entlang zwei Achsen kategorisiert: regulativ und redistributiv. Regulative Maßnahmen greifen unmittelbar in die Freiheit von privaten oder öffentlichen Akteuren ein, während redistributive Maßnahmen umverteilernd wirken. Zur Systematisierung werden auf dieser Grundlage vier Gruppen von Gleichstellungsmaßnahmen gebildet: 1. Regulative, aber nicht redistributive Maßnahmen (z.B. Diskriminierungsverbote) 2. regulative und redistributive Maßnahmen (z.B. auf Umverteilung zielenden Regelungen des Steuerrechts und des Sozialversicherungsrechts) 3. nicht regulative, aber redistributive Maßnahmen (z. B. Infrastrukturmaßnahmen) und 4. Maßnahmen, die weder regulativ noch redistributiv sind (hier unter dem Begriff *soft law* zusammengefasst). Mithilfe dieses Modells zeigt Tidten, dass in Japan Gleichstellungsmaßnahmen der ersten Gruppe schwach, Maßnahmen der dritten und vierten Gruppe dagegen stark ausgeprägt sind. Japan verzichte weitgehend auf *affirmative action*, ein Antidiskriminierungsgesetz, wie es Deutschland auf Druck der EU 2006 verabschiedet hat, befinde sich noch nicht einmal in Vorbereitung. Stattdessen setze Japan in vielen Bereichen auf eine Kombination aus Infrastrukturmaßnahmen, Beratungsangeboten und einen Wertewandel durch erzieherische Maßnahmen.

Der Ansatz erweist sich insoweit als fruchtbar, als er sichtbar macht, dass das japanische Instrumentarium vergleichsweise durchsetzungsschwach ist. Er bietet hier eine angenehm wenig kulturalistische Antwort darauf, warum Rechtsmobilisierung in Gleichstellungsfragen in Japan so wenig gelingen will: Den Rechtsweg zu beschreiten lohnt sich in vielen Fällen schlicht nicht. Die von Tidten zitierten Urteile des Obersten Gerichtshofs bestätigen dies.

Das EOP-Modell hilft jedoch nicht weiter, wenn es darum geht zu erklären, warum sich bestimmte Gleichstellungsinstrumente durchgesetzt haben, andere nicht. Hier bleibt die Studie notwendig an der Oberfläche. Erklärungsansätze, die über die Feststellung hinausgehen, dass in Japan historisch bedingt der subjektive Rechtsschutz schwach ausgeprägt sei, fehlen weitgehend. In Anbetracht dessen, dass Gleichstellungspolitik in Europa wie in den USA in soziale Kämpfen um Anerkennung mühsam errungen wurden, wirft die Studie an dieser Stelle vor allem Fragen auf: Wie steht es um entsprechende Kämpfe in Japan? Welche Forderungen formulieren zivilgesellschaftliche Akteure, welche Vorstellungen von Gleichheit und Gleichstellung haben sie? Erhalten sie Gehör? Bezüge in das Feld der sozialen Bewegungsforschung bzw. Zivilgesellschaftsforschung wären hier hilfreich gewesen und hätten es ermöglicht, die pointiert gestellte Frage nach dem japanischen Gleichheitsverständnis in größerer Komplexität zu beantworten.

Die Studie leidet zudem darunter, dass sie sich mit Gleichheit und Gleichstellung befasst ohne Diskriminierung als Phänomen zu reflektieren. Dies führt zu zum Teil merkwürdigen und fernliegenden Exkursen – etwa über die „Gleichstellung“ sogenannter *Kikokushijo*, also von Kindern, die eine gewisse Zeit im Ausland gelebt haben und nach ihrer Rückkehr in das japanische Schulsystem integriert werden müssen. Es handelt sich

zumeist um sozial privilegierte Kinder, denen es an Chancen nicht mangelt. Auch wenn die Integration in das Schulsystem ein *praktisches* Problem darstellt, um ein *Gleichstellungsproblem* handelt es sich nicht. Tidten sieht dies (S. 33), was ihn leider nicht dazu veranlasst, seinen substanzlosen Begriff von Gleichstellung zu hinterfragen. Die Einbeziehung der Diskriminierungsforschung hätte den Blick dafür geöffnet, dass gleichstellungsorientierte Politiken in den einzelnen Bereichen auch deshalb unterschiedlich ausgeprägt sind, weil Diskriminierung unterschiedlich funktioniert. Sie hätte sichtbar gemacht, dass die schwache Ausprägung der Gleichstellungsinstrumente im Bereich der Diskriminierung gegenüber „Ausländern“ kaum nur mit einem Verweis auf die Erfahrung der ungleichen Verträge (S. 144) erklärt werden kann, sondern dass hier auch Rassismus und die Konstruktion einer homogenen nationalen Identität thematisiert werden müsste. Zudem hätte sie das Arsenal zur Verfügung gestellt, um die blinden Flecken der staatlichen japanischen Gleichstellungspolitik zu reflektieren. Sie hätte es ermöglicht zu hinterfragen, ob nichtinklusive Behinderteneinrichtungen überhaupt zu den Gleichstellungsinstrumenten gezählt werden können, ebenso wie eine Elternzeit, die nur unter dem Gesichtspunkt der Lastenverteilung zwischen Arbeitgeber/in und Arbeitnehmer/in und nicht als Regulierungsmöglichkeit der geschlechtlichen Arbeitsteilung diskutiert wird. Tidten's Ansatz bietet keinen Raum für solche kritischen Nachfragen gegenüber dem japanischen Gesetzgeber. Und da dieser zu sexueller Orientierung als gleichstellungsrelevantem Feld schweigt, bleibt dieses dann auch in der Studie völlig unerwähnt.

Auch die Frage, ob die starke *soft law*-Orientierung so zukunftsweisend ist, wie Tidten in seinem Schlusskapitel andeutet, ist vor dem Hintergrund der Antidiskriminierungsforschung mehr als zweifelhaft. Japan sei ein „Musterschüler“, möglicherweise ein „Primus“ in der Nutzung dieser vergleichsweisen neuen Formen der Steuerung, so Tidten im letzten Absatz der Studie (S. 155). *Soft law* ist allerdings – und das wird seit der Zeit der Deregulierungsbegeisterung viel zu oft übersehen – kein Wert an sich. Es muss vielmehr kritisch gefragt werden, ob Beratungsangebote, Bildungsprogramme und Aktionstage auf Empowerment der Betroffenen zielen. Stärken sie diese darin, Anerkennung erfolgreich einzufordern? Erst dann kann von einem proaktiven Antidiskriminierungsansatz gesprochen werden, der Potential haben kann. Dass Japan hiervon weit entfernt ist, steht außer Frage.

Lena Foljanty